

## **Höhere Mindestlöhne und Stärkung der Tarifbindung sind gut für die Wirtschaft**

Nach der Corona-Pandemie muss die Erholung von der Wirtschaftskrise durch eine dynamische Entwicklung der Löhne gestützt werden. Höhere Mindestlöhne und eine Stärkung der Tarifbindung müssen wesentliche Bestandteile einer fairen und nachhaltigen Erholung bilden.

Im Oktober 2020 veröffentlichte die Europäische Kommission ihren Vorschlag für eine Richtlinie über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union. Erstmals in der Geschichte der EU liegt damit ein Gesetzentwurf auf dem Tisch, der ausdrücklich darauf abzielt, nicht nur die Mindestlöhne in Europa deutlich zu erhöhen, sondern auch nationale Tarifvertragssysteme zu stärken.

Dieser Vorschlag ist ein Paradigmenwechsel. Es ist noch nicht lange her, dass die Kommission angemessene Mindestlöhne und starke Tarifvertragssysteme grundsätzlich als Hindernisse für das Funktionieren freier Märkte ansah, die sich negativ auf Wachstum und Beschäftigung auswirken. So nahm die EU im Zuge der letzten großen Wirtschaftskrise 2008/2009 in vielen Ländern erheblichen Einfluss, um Mindestlöhne einzufrieren oder sogar zu senken und Tarifverhandlungen zu schwächen.

Mit der vorgeschlagenen Richtlinie über angemessene Mindestlöhne soll nun genau das Gegenteil erreicht werden: Existenzsichernde Mindestlöhne und eine Stärkung der Tarifbindung sollen sicherstellen, dass Beschäftigte von dem, was sie verdienen auch angemessen Leben können. Dagegen wird weiterhin vielfach eingewendet, dass eine Erhöhung des Mindestlohns zu kostspielig für Unternehmen sei, Tausende von Arbeitsplätzen kosten und insgesamt die Krise verlängern würde. Kurz: es ist das alte Argument, eine Erhöhung des Mindestlohns sei schlecht für die Wirtschaft.

Tatsächlich zeigen Erfahrungen aus aller Welt jedoch genau das Gegenteil: Für die wirtschaftliche Erholung sind angemessene Mindestlöhne unerlässlich. Eine zentrale Lehre der letzten Krise ist, dass Sparmaßnahmen und Lohnstopps kein Ausweg aus der Krise sind. Angemessene Mindestlöhne wie in der Richtlinie vorgeschlagen würden die Löhne von mehr als 25 Millionen Beschäftigten in der EU verbessern, die derzeit für einen Mindestlohn arbeiten. Viele von diesen 25 Millionen gehören zu den so genannten „systemrelevanten“ Beschäftigten, die dafür gesorgt haben, dass unsere Gesellschaften während der Corona-Krise weiterhin funktionieren. Natürlich verdienen diese Beschäftigten unseren Beifall – mehr noch verdienen sie es jedoch, durch angemessene Mindestlöhne und Tarifverträge besser bezahlt zu werden.

Es gibt verschiedene Kanäle, über die angemessene Mindestlöhne die Wirtschaft stärken können: Wenn Niedriglohnbeschäftigte mehr Geld für Konsumausgaben in der Tasche haben, führt dies zu einer Steigerung der Gesamtnachfrage und des Wirtschaftswachstums, und damit zu mehr Beschäftigung. Da Mindestlöhne zudem eine wichtige Signalwirkung für die Lohnentwicklung insgesamt haben, würden die positiven Auswirkungen erhöhter Mindestlöhne auf die Gesamtnachfrage durch ein stärkeres allgemeines Lohnwachstum noch weiter verstärkt. Auch die öffentlichen Haushalte würden profitieren: Höhere Mindestlöhne bedeuten, dass Staaten weniger ausgeben müssen, um unzureichende Löhne durch Steuererleichterungen und Sozialleistungen für Erwerbstätige zu ergänzen. Außerdem würde der Anstieg der Gesamtnachfrage den Staaten helfen, mehr Einnahmen durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zu erwirtschaften.

Angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen der Corona-Krise und des vor uns liegenden steilen Weges der Konjunkturerholung ist es daher entscheidend, dass angemessene Mindestlöhne und eine Stärkung der Tarifbindung als Schlüsselemente jeder Erholungsstrategie

anerkannt und gefördert werden. Angemessene Mindestlöhne und starke Tarifverhandlungen sind nicht nur gut für die Beschäftigten, sie sind eindeutig auch gut für die Wirtschaft.

**Liste der Unterzeichner:**

- Prof. Mariana Mazzucato, Professorin für Innovationsökonomie und Public Value, Gründungsdirektorin, Institute for Innovation and Public Purpose (IIPP), University College London (UCL), Italien/UK
- Prof. Thomas Piketty, Professor am EHESS und an der Paris School of Economics, Co-Direktor, World Inequality Lab/World Inequality Database, Frankreich
- Prof. Sebastian Dullien, Wissenschaftlicher Direktor, Institut für Makroökonomie, IMK, Hans-Böckler-Stiftung, Professor für Internationale Wirtschaftswissenschaften, HTW Berlin
- Prof. Paul De Grauwe, John Paulson Lehrstuhl für Europäische Politische Ökonomie, European Institute, London School of Economics, Belgien/UK
- Prof. Thorsten Schulten, Leiter des Tarifarchivs am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut, WSI, Hans-Böckler-Stiftung, Honorarprofessor an der Universität Tübingen
- Lord Meghnad Desai, Ökonom, House of Lords, Großbritannien
- Michel Husson, Ökonom, IRES, Frankreich
- Prof. Özlem Onaran, Professorin für Wirtschaftswissenschaften, Co-Direktorin des Institute of Political Economy, Governance, Finance and Accountability, University of Greenwich, Großbritannien
- Prof. Mario Pianta, Professor für Wirtschaftspolitik, Scuola Normale Superiore, Florenz, Italien
- Prof. Julie Froud, Professorin für Finanzinnovationen an der University of Manchester, Mitglied der Fachgruppe Organisations and Society im Bereich People, Management and Organisations von MBS, UK
- Dr. Dirk Ehnts, Ökonom, Technische Universität Chemnitz, Deutschland
- Dr. Tom McDonnell, Co-Direktor, Nevin Economic Research Institute, Dublin, Irland
- Dr. Philipp Heimberger, Ökonom, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Österreich
- Dr. Dario Guarascio, Abteilung für Wirtschaft und Recht - Universität Sapienza in Rom, Italien
- Dr. Christos Pierros, Postdoktorand, Universität Athen und Senior Researcher INE GSEE, Griechenland
- Dr. Jorge Uxó, Associate Professor, Universität Castilla - La Mancha, Spanien
- Dr. Angelo Salento, Associate Professor für Wirtschaftssoziologie und Arbeitssoziologie, Universität von Salento, Italien